

Niederschrift

über die Sitzung der Bezirksvertretung 2 - Süd

am 11.01.2012

**um 17:35 Uhr bis 19:45 Uhr in Remscheid, Engelbertstraße 1, Heinrich-Neumann-
Schule - Städtische Förderschule und Schule f. Kranke**

Anwesend sind:

Bezirksbürgermeister

Herr Wilhelm Korff

Bezirksvertreerin

Frau Margot Halbach

Frau Filomena Merten

Bezirksvertreter

Herr Stefan Grote

Herr Dierk Martz

Herr Harald Mohr

Herr Paul Uwe Schabla

Herr Bernd F. W. Störmer

Herr Klaus Wetzel

Herr Hans Herbert Wilke

Ratsmitglied

Herr Thomas Kase

Frau Elfriede Korff

vom Seniorenbeirat

Herr Dieter Janke

von der Polizei

Herr Karl-Heinz Sehnke

von der Verwaltung

Herr Heinrich Ammelt

Herr Dirk Buchwald

Herr Gerald Hein

Frau Sabine Strüwe Rosenbaum

Zentraldienst 0.12 - Stadtentwicklung und
Wirtschaft

Fachdienst 3.67 - Grünflächen und Friedhöfe

Fachdienst 3.66 - Straßen- und Brückenbau

Fachdienst 3.63 - Bauordnung und Bauleit-
planung

Schriftführer

Herr Hans-Ulrich Dattner

Entschuldigt fehlen:

Stellv. Bezirksbürgermeister

Herr Hans H. Rehbein

Tagesordnung

- 1 Änderung / Erweiterung der Tagesordnung
- 2 Niederschrift über die Sitzung vom 19.10.2011
- 3 Fragestunde für Einwohner
- 4 Anfragen der Mitglieder der Bezirksvertretung gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung
 - 4.1 14/1565 Umwidmung der Diskothek am Hauptbahnhof in eine Veranstaltungshalle
- Anfrage von Herrn Bernd Störmer / der W.i.R.-Fraktion im Rat der Stadt vom 05.01.2012
 - 4.2 14/1571 Anfrage zu stationären Radargeschwindigkeitsmessenanlagen
- Anfrage von Klaus Wetzel
- 5 Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung
 - 5.1 Instandsetzung der Beleuchtung im Fußgängertunnel Unterführung
 - 5.2 Reinigung des Geländes im Bereich der Event-Arena
 - 5.3 Sanierung Eschenstraße
- 6 Schriftliche Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung
- 7 Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung
- 8 Anträge von Bezirksvertreter/-innen, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung
 - 8.1 14/1564 Sicherheits- und Ordnungskonzept für die neue Veranstaltungshalle am Hauptbahnhof vorlegen
- Antrag von Herrn Bernd Störmer / der W.i.R.-Fraktion im Rat der Stadt vom 05.01.2012
- 9 Anfragen der Mitglieder der Bezirksvertretung gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung
 - 9.1 Behindertenparkplatz am BAB Motel Remscheid
- Anfrage Herr Wilke
 - 9.2 Ersatzanspruch für Schäden an Privateigentum durch umstürzende Bäume oder Astbruch an Bäumen in städtischem Eigentum
- Anfrage Herr Wilke
 - 9.3 Grüngestaltung des Eckgrundstückes Ueberfelder Straße / Auf'm Heiden durch die Fa. Gartencenter Kremer
- Anfrage Herr Grote

- 9.4** Schrankenanlage an der Bussonderspur zum Wohngebiet Hohenhagen
- Mitteilung Herr Grote
- 9.5** Verstärktes Müllaufkommen an den Ausfallstraßen in Richtung Wermelskirchen
- Mitteilung Herr Grote
- 9.6** Abholzen von zahlreichen Bäumen im Bereich zwischen Ehringhausen und Unterburg
- Anfrage Herr Störmer
- 9.7** Lärmschutz an der BAB A1
- Anfrage Herr Störmer
- 9.8** Lieferfahrzeuge auf der Bismarckstraße vor Einmündung Rosenhügeler Straße
- Mitteilung Herr Wilke
- 9.9** Haltverbotszone in der Rosenhügeler Straße - Einmündung Bismarckstraße
- Anfrage Herr Wilke
- 9.10** Lärmschutz an der BAB A1
- Anfrage Herr Wetzel
- 9.11** Parken auf dem Gehweg in der Rosenhügeler Straße
- Anfrage Herr Grote
- 10** 14/1331 Designer-Outlet-Center (DOC) Blume
Außerplanmäßige Mittelbereitstellung in Höhe von 300.000,--Euro - NEIN
- Antrag der W.i.R.-Fraktion
- 11** 14/1527 Bebauungsplan Nr. 646 - Gebiet Johann-Vaillant-Platz
1. Einleitung des Bebauungsplanverfahrens
2. Beschluss über die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung (§ 3 Abs. 1 BauGB)
- 12** 14/1528 Bebauungsplan Nr. 647 - Gebiet Berghauser Straße, Engelbertstraße
1. Einleitung des Bebauungsplanverfahrens
2. Beschluss über die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung (§ 3 Abs. 1 BauGB)
- 13** 14/1534 Handlungsprogramm Wohnen
- 14** 14/1505 Strategische Ausrichtung der räumlichen Entwicklungsplanung sowie Übersicht über die aktuellen Planungsprojekte des Zentraldienstes 0.12 (Stadtentwicklung und Wirtschaft) und des Fachdienstes 3.63 (Bauplanung und Bauleitplanung)

- 15** 14/1396 BP 640 Gebiet: Erich-Thienes-Straße
(vereinfachtes Verfahren)
1. Verzicht auf frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß §§ 3 und 13 BauGB
2. Verzicht auf frühzeitige Behördenbeteiligung gemäß §§ 4 und 13 BauGB
3. Aufstellungsbeschluss gemäß §§ 2 (1) und 13 (1) BauGB
4. Offenlagebeschluss gemäß §§ 3 und 13 BauGB
- 16** 14/1400 Beschluss über den Mehr- und Minderausbau der öffentlichen Verkehrsfläche im Bereich des Bebauungsplanes 327 – Baisieper Straße, Baisieper Hof, Struck-, gem. § 125 (3) Nr. 1 und 2 BauGB
- 17** 14/1508 Beschluss über den Minder- und Mehrausbau der öffentlichen Verkehrsflächen im Bereich des Fluchtlinienplanes Nr. 41 - Lobach-Dicke Eiche - gem. § 125 (3) Nr. 1 und 2 BauGB
- 18** 14/1542 Parksituation in der Straße Am Wiesenhang
- 19** 14/1389 Einmündungsbereich der Straßen Am Wiesenhang / Strucker Hang / Stoppelfeld
- 20** 14/1325 Umbau der Haltestelle "Zentralpunkt" Bussteig C
- 21** 14/1482 Aufstellung von Bewegungs-/Fitnessgeräten im Rahmen der Herstellung der Grünanlage/Spielplatz Konsumterrassen
- 22** 14/1526 Anfrage von Herrn Grote in der Sitzung der Bezirksvertretung Süd am 19.10.2011
- Baum im Verkehrskreisel Hohenhagener Straße
- 23** 14/1489 Baumentfernungen im Stadtbezirk Süd
Entfernungen im III. und IV. Quartal 2011
- 24** Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gem. §§ 60 Abs. 1 und 36 Abs. 5 GO NRW
- 24.1** 14/1368 Weihnachtspräsente für die Seniorentreffs im Stadtbezirk 2 - Süd

1. Änderung / Erweiterung der Tagesordnung

Der Bezirksvertretung liegt per Nachtrag zugestellt die zu TOP 21 angekündigte Drucksache 14/1482 vom 08.12.2011 zur Beratung vor.

Ebenfalls per Nachtrag zugestellt liegen der Bezirksvertretung die schriftliche Anfrage von Herrn Störmer vom 05.01.2012 mit dem Titel „Umwidmung der Diskothek am Hauptbahnhof in eine Veranstaltungshalle“ sowie der schriftliche Antrag von Herrn Störmer vom 05.01.2012 mit dem Titel „Sicherheits- und Ordnungskonzept für die neue Veranstaltungshalle am Hauptbahnhof vorlegen“ zur Beratung vor.

Darüber hinaus liegt der Bezirksvertretung per Tischvorlage eingebracht die schriftliche Anfrage von Herrn Wetzel mit dem Titel „Anfrage zur stationären Radargeschwindigkeitsmessanlagen“ zur Beratung vor.

Herr Grote stellt im Namen von SPD-Fraktion, Frau Halbach, Herrn Martz und Herrn Störmer den Antrag, die Beratungen zu den Punkten

- 14/1505
Strategische Ausrichtung der räumlichen Entwicklungsplanung sowie Übersicht über die aktuellen Planungsprojekte des Zentraldienstes 0.12 (Stadtentwicklung und Wirtschaft) und des Fachdienstes 3.63 (Bauordnung und Bauleitplanung)

und

- 14/1534
Handlungsprogramm Wohnen

so lange zurückzustellen, bis die hierzu laufenden Beratungen in den Fraktionen abgeschlossen sind.

Beschluss: (9 Ja, 0 Nein, 1 Enthaltung)

Die Beratungen zu den Punkten

- 14/1505
Strategische Ausrichtung der räumlichen Entwicklungsplanung sowie Übersicht über die aktuellen Planungsprojekte des Zentraldienstes 0.12 (Stadtentwicklung und Wirtschaft) und des Fachdienstes 3.63 (Bauordnung und Bauleitplanung)

und

- 14/1534
Handlungsprogramm Wohnen

werden so lange zurückgestellt, bis die hierzu laufenden Beratungen in den Fraktionen abgeschlossen sind.

Beschluss: (11 Ja, 0 Nein, 0 Enthaltungen)

Die Tagesordnung wird um den Punkt

- 14/1564
Sicherheits- und Ordnungskonzept für die neue Veranstaltungshalle am Hauptbahnhof vorlegen
- Antrag von Herrn Bernd Störmer / der W.i.R.-Fraktion im Rat der Stadt vom 05.01.2012

erweitert.

2. Niederschrift über die Sitzung vom 19.10.2011

Ergänzungsbeschlüsse werden nicht gefasst.

3. Fragestunde für Einwohner

Fragen von Einwohnern liegen nicht vor.

4. Anfragen der Mitglieder der Bezirksvertretung gem. Ziff. 2.5 und 12.2 der Geschäftsordnung

**4.1. Umwidmung der Diskothek am Hauptbahnhof in eine Veranstaltungshalle
- Anfrage von Herrn Bernd Störmer / der W.i.R.-Fraktion im Rat der Stadt vom 05.01.2012
Vorlage: 14/1565**

Herr Störmer betrachtet seine schriftlich vorliegende Anfrage zunächst als eingebracht und erwartet hierzu von der Verwaltung zur kommenden Sitzung der Bezirksvertretung entsprechende Auskünfte.

Die Bezirksvertretung schließt sich dem Vorschlag von Herrn Störmer an und stellt eine Beratung in dieser Angelegenheit bis zur nächstfolgenden Sitzung, zu der entsprechende Antworten der Verwaltung auf die hier gestellten Fragen erwartet werden, zurück.

**4.2. Anfrage zu stationären Radargeschwindigkeitsmessenanlagen
- Anfrage von Klaus Wetzel
Vorlage: 14/1571**

Herr Wetzel fasst seine schriftlich vorliegende Anfrage noch einmal zusammen und stellt ergänzend hierzu die Frage, warum die Bezirksvertretung nicht im Vorfeld an dem Prozess der Entscheidungsfindung für die Einrichtung der Radargeschwindigkeitsmessenanlage in der Neuenkamper Straße beteiligt worden ist.

Die Bezirksvertretung nimmt die vorliegende Anfrage von Herrn Wetzel zur Kenntnis und erwartet hierzu eine entsprechende Antwort der Verwaltung.

5. Mitteilungen der Verwaltung gem. Ziff. 2.5 der Geschäftsordnung

5.1. Instandsetzung der Beleuchtung im Fußgängertunnel Unterführung

Herr Hein teilt mit, dass die Beleuchtungskörper im Fußgängertunnel an der Unterführung zwischenzeitlich wie von der Verwaltung erbeten instandgesetzt wurden.

Die Bezirksvertretung nimmt die Information der Verwaltung zur Kenntnis.

5.2. Reinigung des Geländes im Bereich der Event-Arena

Herr Hein gibt die von der Verwaltung erbetenen Auskünfte und erläutert, welche Stelle für die Reinigung des Bereiches der Rasenrampe zwischen Südsteig und Parkhaus verantwortlich zeichnet. In diesem Zusammenhang weist Herr Hein darauf hin, dass diese Reinigung regelmäßig einmal wöchentlich, bei Bedarf und freien Kapazitäten auch noch ein weiteres Mal vorgenommen wird. Eine Reinigung an Sonn- und Feiertagen wie nachgefragt sei hier allerdings nicht vorgesehen.

Herr Schabla sieht seine Frage nach der Zuständigkeit für die Reinigung des Geländes rund um die Event-Arena noch nicht abschließend beantwortet. Wie Herr Schabla hierzu ausführt, sei nach seiner Einschätzung wohl gerade an Freitagen und Samstagen mit einem hohen Besucheraufkommen der Event-Arena zu rechnen, so dass man befürchten müsse, dass Verschmutzungen und Abfall hier übers Wochenende bis in die folgende Woche hinein liegen bleiben.

Herr Hein merkt hierzu an, dass das hier abgesprochene Gelände, soweit es im öffentlichen Verkehrsraum liege, in einem Standard-Zyklus gereinigt werde. Dieser Standard schließe wiederum eine Beseitigung außergewöhnlicher Verunreinigungen, wie sie beispielsweise bei größeren Veranstaltungen auftreten können, nicht regelmäßig mit ein.

Die Bezirksvertretung nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

5.3. Sanierung Eschenstraße

Herr Hein berichtet, dass man die nachgefragten Arbeiten zur Erneuerung der Fahrbahndecke der Eschenstraße nicht mehr, wie von der Verwaltung zunächst ins Auge gefasst, noch in 2011 habe ausführen können. Diese Maßnahme werde man nunmehr nach Übertrag der entsprechenden Haushaltsmittel in diesem Jahr durchführen.

Die Bezirksvertretung nimmt die Information der Verwaltung zur Kenntnis.

6. Schriftliche Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gem. Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung

Schriftliche Berichte der Verwaltung über den Stand der zur Ausführung beschlossenen Anträge gemäß Ziff. 2.6 der Geschäftsordnung liegen nicht vor.

7. Vorschläge zur Tagesordnung gem. Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung

Vorschläge zur Tagesordnung gemäß Ziff. 2.2 der Geschäftsordnung liegen nicht vor.

8. Anträge von Bezirksvertreter/-innen, Gruppen oder Fraktionen außerhalb der Tagesordnung gem. Ziff. 11.1 der Geschäftsordnung

**8.1. Sicherheits- und Ordnungskonzept für die neue Veranstaltungshalle am Hauptbahnhof vorlegen
- Antrag von Herrn Bernd Störmer / der W.i.R.-Fraktion im Rat der Stadt vom 05.01.2012
Vorlage: 14/1564**

Herr Korff stellt den vorliegenden Antrag von Herrn Störmer nach Aussprache zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ja 9 Nein 1 Enthaltungen 0

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt für die neue Veranstaltungshalle am Hauptbahnhof und deren Umfeld ein mit dem Betreiber abgestimmtes Sicherheits- und Ordnungskonzept der Bezirksvertretung 2 – Süd und dem BUKO vorzulegen. Darin sind auch die entstehenden Kosten incl. der Beteiligung durch den Betreiber darzustellen.

9. Anfragen der Mitglieder der Bezirksvertretung gem. Ziff. 12.3 der Geschäftsordnung

**9.1. Behindertenparkplatz am BAB Motel Remscheid
- Anfrage Herr Wilke**

Herr Wilke bittet die Verwaltung, über das Ergebnis der von ihr erbetenen Prüfung zu berichten und darzulegen, ob die Stadt Remscheid im Bereich des neben dem BAB Motel gelegenen Parkplatzes an der Talsperre etwa in Höhe der mit Schottermaterial belegten Zuwegung zum Rundwanderweg um die Eschbachtalsperre einen Behindertenparkplatz einrichten kann bzw. ob und inwieweit – so dieser Bereich auf Wermeskirchener Gebiet liegen sollte – die Gemeinde Wermeskirchen der Einrichtung eines solchen Parkplatzes positiv gegenübersteht.

**9.2. Ersatzanspruch für Schäden an Privateigentum durch umstürzende Bäume oder Astbruch an Bäumen in städtischem Eigentum
- Anfrage Herr Wilke**

Herr Wilke bittet die Verwaltung um ihre Beurteilung und Stellungnahme zu der dem Bezirksbürgermeister in der vergangenen Sitzung überreichten schriftlichen Anfrage der CDU-Fraktion, wie Schäden an privatem Eigentum, die durch umstürzende Bäume oder auch durch Astbruch an Bäumen in städtischem Eigentum verursacht werden, reguliert werden.

Die Anfrage der CDU-Fraktion an die Verwaltung vom 18.10.2011 zum Thema „Ersatzanspruch für Schäden an Privateigentum durch umstürzende Bäume oder Astbruch an Bäumen in städtischem Eigentum“ wurde der Niederschrift über die Sitzung der Bezirksvertretung vom 19.10.2011 als Anlage beigelegt.

**9.3. Grüngestaltung des Eckgrundstückes Ueberfelder Straße / Auf'm Heidchen durch die Fa. Gartencenter Kremer
- Anfrage Herr Grote**

Herr Grote ruft noch einmal in Erinnerung, dass er die Verwaltung vor geraumer Zeit und zum wiederholten Male darum gebeten habe zu überprüfen und der Bezirksvertretung anschließend zu berichten, ob es zutreffend ist, dass die Firma Gartencenter Kremer ihre im Rahmen ihrer öffentlichen Kampagne zur Instandsetzung und Gestaltung von besonders ungepflegten Grünbereichen im Stadtgebiet auf dem städtischen Eckgrundstück an der Ueberfelder Straße / Ecke Auf'm Heidchen begonnenen Arbeiten nach Anpflanzen einer Hecke wieder eingestellt habe, weil es ihr – so die Aussage von Anliegern – von der Verwaltung untersagt worden sei, an dieser Stelle mit einer Werbetafel für ihr Unternehmen zu werben.

Herr Grote bringt an dieser Stelle seine große Verärgerung und sein völliges Unverständnis darüber zum Ausdruck, dass es die Verwaltung – auch entgegen der mündlichen Zusage eines Vertreters – bisher versäumt habe, zu diesem Sachverhalt Stellung zu nehmen.

Herr Grote richtet deshalb jetzt die eindringliche Bitte an die Oberbürgermeisterin, sich dieser Angelegenheit persönlich anzunehmen und zu veranlassen, dass der Bezirksvertretung nunmehr umgehend ein ausführlicher Bericht zu dem in Rede stehenden Sachverhalt vorgelegt wird.

**9.4. Schrankenanlage an der Bussonderspur zum Wohngebiet Hohenhagen
- Mitteilung Herr Grote**

Herr Grote weist darauf hin, dass die Schrankenanlage an der Bussonderspur zum Wohngebiet Hohenhagen wieder einmal defekt sei und sieht nunmehr in dieser Angelegenheit dringenden Handlungsbedarf.

Herr Hein verweist an dieser Stelle auf seine Ausführungen, die er in der vergangenen Sitzung der Bezirksvertretung vorgetragen habe, und rät der Bezirksvertretung dazu, diese Problematik wie bereits erwähnt vielleicht in einer folgenden Sitzung noch einmal gemeinsam mit der Fachverwaltung in aller Breite und Tiefe zu erörtern und hierbei der Frage nachzugehen, welche denkbaren Lösungsansätze man hier unter Umständen weiter verfolgen könnte und sollte.

Auf Nachfrage von Herrn Korff bestätigt Herr Sehnke, dass nach seinen persönlichen Feststellungen das hier geltende und entsprechend ausgeschilderte Durchfahrverbot für Fahrzeuge des Individualverkehrs bei häufig offen stehender Schranke von einer Vielzahl der Verkehrsteilnehmer auch trotz Präsenz der Polizei vor Ort regelmäßig missachtet worden sei. Deshalb könne aus Sicht der Polizei das beschriebene Problem letztendlich nur mit einer funktionierenden Schrankenanlage gelöst werden.

**9.5. Verstärktes Müllaufkommen an den Ausfallstraßen in Richtung Wermelskirchen
- Mitteilung Herr Grote**

Herr Grote berichtet, dass man – so seine jüngsten Beobachtungen – sowohl an der Intzesstraße als auch an der Wermelskirchener Straße im Bereich der Ortsausgänge in zunehmendem Maße Stellen antreffe, an denen unerlaubt Müll und sonstiger Unrat abgelegt worden sei. Dieses Fehlverhalten werde nach seiner Einschätzung vielleicht auch durch die zurzeit schon früh einsetzende Dämmerung noch begünstigt.

Herr Grote äußert die Befürchtung, dass hier, so man diesem Trend nicht entgegenwirke, unter Umständen auf Dauer wilde Müllkippen entstehen, und richtet deshalb die Bitte an Verwaltung und Polizei, diese Randbezirke verstärkt zu kontrollieren und gegen die beschriebene Müllentsorgung mit allen verfügbaren Mitteln vorzugehen.

**9.6. Abholzen von zahlreichen Bäumen im Bereich zwischen Ehringhausen und Unterburg
- Anfrage Herr Störmer**

Herr Störmer berichtet, dass in jüngster Vergangenheit im Bereich zwischen Ehringhausen und Unterburg aus prophylaktischen Gründen – so sein Kenntnisstand – 186 Bäume gefällt worden seien. Darunter habe sich auch eine ca. 350 Jahre alte Buche befunden, die erkennbar an der Schnittstelle keinerlei Anzeichen von Pilzbefall gezeigt habe.

Herr Störmer bittet die Verwaltung hierzu um Auskunft, ob der Landesbetrieb Straßen NRW wie auch die Bahn AG derartige Maßnahmen in völliger Eigenverantwortung durchführen können oder ob und inwieweit die Stadt auf solche Maßnahmen Einfluss nehmen kann und deshalb im Vorfeld hierüber informiert wird.

**9.7. Lärmschutz an der BAB A1
- Anfrage Herr Störmer**

Auf Nachfrage von Herrn Störmer berichtet Herr Hein zum aktuellen Stand in der Angelegenheit des nach wie vor fehlenden Schallschutzes an der BAB A1 und teilt hierzu mit, dass der Landesbetrieb Straßen auf Bitten des Ausschusses für Bauen und Denkmalpflege, der sich ebenfalls mit dieser Thematik befasst habe, bereit erklärt habe, hier Rede und Antwort zu stehen, dies allerdings erst dann, wenn die strittigen Punkte mit der ausführenden Bauunternehmung geklärt seien. Diese Auseinandersetzung habe man bisher noch nicht zum Abschluss bringen können.

Darüber hinaus habe die Verwaltung – so Herr Hein in seinen weiteren Ausführungen – auf Anregung aus dem Ausschuss Kontakt zur Bezirksregierung aufgenommen und um Prüfung gebeten, ob es möglich ist, die Lärmbelastung für die angrenzenden Wohngebiete mithilfe einer temporären Beschränkung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit in dem hier ange-

sprochenen Autobahnabschnitt auf beispielsweise 80 km/h bis zur Fertigstellung besagter Lärmschutzwand zu mindern. Eine diesbezügliche Rückäußerung der Bezirksregierung stehe derzeit noch aus. Allerdings habe die Verwaltung aus Fachkreisen die Information erhalten, dass einer solchen Lösung wohl nur geringe Chancen eingeräumt werden.

**9.8. Lieferfahrzeuge auf der Bismarckstraße vor Einmündung Rosenhügeler Straße
- Mitteilung Herr Wilke**

Herr Wilke berichtet, dass nach seinen Beobachtungen Lkws, die den im Bereich der Bismarckstraße 120 bis 124 ansässigen Einzelhandel beliefern, trotz hier auf Veranlassung der Bezirksvertretung eingerichteter Ladezone nach wie vor regelmäßig auch in den Abendstunden für längere Zeit in 2. Reihe auf der Bismarckstraße zum Be- und Entladen abgestellt werden.

Herr Wilke fordert die Verwaltung auf, dem beschriebenen Missstand mit einer verstärkten Kontrolle und konsequenten Ahndung der hierbei festgestellten Verkehrsverstöße zu begegnen.

**9.9. Haltverbotszone in der Rosenhügeler Straße - Einmündung Bismarckstraße
- Anfrage Herr Wilke**

Auf Nachfrage von Herrn Wilke teilt Herr Hein mit, dass der Fachverwaltung inzwischen die Anordnung der Ordnungsbehörde zur Einrichtung einer absoluten Haltverbotszone in der Rosenhügeler Straße – Höhe Einmündung Bismarckstraße im Bereich zwischen dem Ladenlokal Lollipop und der Kfz-Werkstatt vorliege. Diese werde man nun in Kürze umsetzen.

**9.10. Lärmschutz an der BAB A1
- Anfrage Herr Wetzel**

Herr Wetzel greift noch einmal das Thema „Lärmschutz an der BAB A1“ auf und zeigt sich sehr unzufrieden mit dem von der Verwaltung dargestellten Sachverhalt. Herr Wetzel sieht mit Blick auf die aus seiner Sicht bestehenden gesundheitlichen Beeinträchtigungen der Wohnbevölkerung durch den in Rede stehenden Verkehrslärm dringenden Handlungsbedarf und ist der Ansicht, dass hier schnellstmöglich eine geeignete Lärmschutzmaßnahme gleich welcher Art umgesetzt werden muss.

Herr Korff sieht hier vor dem Hintergrund des anhängigen Rechtsstreits die Politik gefordert, das ihr zur Verfügung stehende Instrumentarium zu nutzen, um in dieser Frage möglichst rasch eine zufriedenstellende Lösung herbei zu führen. Deshalb schlägt Herr Korff vor, die auf Partienebene bestehenden Kontakte zu aktivieren und auf Landesebene eine entsprechende Lösung zu initiieren.

Herr Wilke greift eine Presseberichterstattung auf, wonach geplant sei, die aufgestellten Betonständer bei entsprechenden Witterungsverhältnissen zusätzlich mit einer Oberflächenbeschichtung zu versehen, um so die in Rede stehenden Mängel zu beheben, und bittet die Verwaltung hierzu um nähere Auskünfte.

Herr Störmer schlägt vor und stellt den Antrag, die Bezirksvertretung möge die Verwaltung beauftragen, den aktuellen Sachstand in dieser Angelegenheit zu ermitteln und der Bezirksvertretung in ihrer nächsten Sitzung hierüber Bericht zu erstatten. Auf dieser Basis könne

man dann – so die Überlegung – gegebenenfalls die angesprochene Initiative auf politischer Ebene ergreifen.

Herr Korff lässt über diesen Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 10 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, in Sachen „Lärmschutz an der BAB A1“ den aktuellen Sachstand zu ermitteln und der Bezirksvertretung hierüber in ihrer nächsten Sitzung Bericht zu erstatten.

**9.11. Parken auf dem Gehweg in der Rosenhügeler Straße
- Anfrage Herr Grote**

Herr Grote berichtet, dass in der Rosenhügeler Straße inzwischen die Parkregelung mit einem halbseitigen Aufparken auf dem Gehweg ausgeschildert worden sei. Hiervon seien aber die zwei etwa in Höhe von Haus Nr. 22 vorhandenen Parkstände nicht erfasst mit der Folge, dass Verkehrsteilnehmer, die hier ihre Fahrzeuge gewohnheitsmäßig auf dem Gehweg zum Parken abgestellt hätten, gebührenpflichtig verwarnt worden seien.

Herr Grote bittet nun die Verwaltung um Auskunft, warum das halbseitige Aufparken auf dem Gehweg für diese beiden Parkstände nicht gelten soll.

Herr Korff berichtet hierzu aus der Verkehrsbesprechung und teilt mit, dass man hier den angesprochenen Sachverhalt bereits aufgegriffen und abgestimmt habe, die Parkbeschilderung zu ändern und besagte zwei Parkstände in die Aufparkregelung mit aufzunehmen.

**10. Designer-Outlet-Center (DOC) Blume
Außerplanmäßige Mittelbereitstellung in Höhe von 300.000,--Euro - NEIN
- Antrag der W.i.R.-Fraktion
Vorlage: 14/1331**

Herr Störmer stellt den Antrag, die Beratung über den vorliegenden Antrag der W.i.R.-Fraktion vom 04.11.2011 mit dem Titel „Designer-Outlet-Center (DOC) Blume; Außerplanmäßige Mittelbereitstellung in Höhe von 300.000,--Euro – NEIN“ zurückzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 9 Nein 0 Enthaltungen 1

Beschluss:

Die Beratung über den vorliegenden Antrag der W.i.R.-Fraktion vom 04.11.2011 mit dem Titel „Designer-Outlet-Center (DOC) Blume; Außerplanmäßige Mittelbereitstellung in Höhe von 300.000,--Euro – NEIN“ wird zurückgestellt.

11. Bebauungsplan Nr. 646 - Gebiet Johann-Vaillant-Platz
1. Einleitung des Bebauungsplanverfahrens
2 Beschluss über die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung (§ 3 Abs. 1 BauGB)
Vorlage: 14/1527

Herr Wilke macht noch einmal deutlich, dass die CDU-Fraktion die Idee, auf dem Johann-Vaillant-Platz eine Außengastronomie zu betreiben, nach wie vor unterstütze. Allerdings bleibe die CDU-Fraktion auch weiterhin bei ihrer an anderer Stelle bereits vorgetragenen Auffassung, dass die erforderlichen Regelungen zu Einrichtung und Betrieb einer solchen Außengastronomie über eine Sondernutzungserlaubnis und nicht über einen Bebauungsplan wie aktuell von der Verwaltung vorgeschlagen getroffen werden sollten. In seinen weiteren Ausführungen legt Herr Wilke im Einzelnen dar, warum die CDU-Fraktion diese Auffassung vertritt. Hierbei spricht sich Herr Wilke im Namen der CDU-Fraktion ausdrücklich gegen eine nach seiner Kenntnis geplante Überlassung der Grundfläche in Erbpacht und für ihre Bereitstellung im Wege der Sondernutzungserlaubnis aus.

Herr Grote begrüßt im Namen von SPD-Fraktion, Frau Halbach, Herrn Martz und Herrn Störmer das Engagement des Investors und spricht sich ausdrücklich für jede Form der Förderung des Vorhabens aus. In diesem Zusammenhang bittet Herr Grote die Verwaltung um Aufklärung, ob und inwieweit mit der Einleitung des in Rede stehenden Bebauungsplanverfahrens möglicherweise ein Präzedenzfall für ähnliche Vorhaben in diesem Bereich geschaffen wird und ob man im Zuge der Verhandlungen mit dem Investor wie auch im Bebauungsplan selbst die Art und den Umfang des Betriebs der Außengastronomie durch konkrete Bestimmung der zulässigen Nutzung näher festlegen kann.

Frau Strüwe-Rosenbaum nimmt zu den bauplanungsrechtlichen Fragen Stellung und zeigt auf, warum die Verwaltung die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens vorschlägt und mit welchen in den Bebauungsplan aufzunehmenden Festsetzungen man hier aus fachlicher Sicht auf den Betrieb der Außengastronomie regelnd Einfluss nehmen kann. Hierbei geht Frau Strüwe-Rosenbaum auch kurz auf das sich an das Bebauungsplanverfahren anschließende Verfahren zur Entwidmung des hier angesprochenen, zurzeit noch als öffentliche Straßenverkehrsfläche gewidmeten Bereichs ein.

Herr Grote stellt daraufhin den Antrag, den vorliegenden Beschlussvorschlag der Verwaltung zu ergänzen und hier den Auftrag an die Verwaltung mit aufzunehmen, im Rahmen der Verhandlungen mit dem Investor zu vereinbaren, dass im Rahmen der in Rede stehenden Außengastronomie ausschließlich Bäckerei- und Konditoreierzeugnisse sowie nicht alkoholische Getränke verkauft werden dürfen.

Auf Bitten von Herrn Störmer wird die Aussage von Frau Strüwe-Rosenbaum zu Protokoll genommen, dass aus Sicht der Verwaltung mit der Einleitung des in Rede stehenden Bebauungsplanverfahrens kein Präzedenzfall geschaffen wird, weil für ein vergleichbares Vorhaben auf jeder anderen Teilfläche des Johann-Vaillant-Platzes das gleiche Verfahren wie im aktuellen Fall von der Verwaltung vorgeschlagen und beschrieben wiederum mit Beteiligung der Bezirksvertretung und den übrigen zuständigen politischen Gremien durchgeführt werden müsse.

Des Weiteren greift Herr Störmer die Ausführungen von Herrn Wilke zur Position der CDU-Fraktion in dieser Angelegenheit auf und stellt heraus, dass die Erteilung einer Sondernutzungserlaubnis regelmäßig mit der Erhebung einer entsprechenden Gebühr verbunden ist. Diese jährlich zu entrichtende Gebühr stelle nach seiner Einschätzung einen nicht unwesentlichen Kostenfaktor für den Betrieb der Außengastronomie dar, der – so seine Befürchtung – letztendlich die Wirtschaftlichkeit dieser Unternehmung in Frage stellen könnte. Deshalb

spricht sich Herr Störmer gegen eine Sondernutzungsregelung und für die von der Verwaltung vorgeschlagene Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens aus.

Herr Wilke richtet daraufhin die Bitte an die Verwaltung zu prüfen, ob und inwieweit es möglich ist, über eine Satzungsänderung hier eine andere, für den Betreiber im Ergebnis kostengünstigere Gebühr für die Sondernutzungserlaubnis festzusetzen.

Herr Wetzel teilt die dargelegte Auffassung der CDU-Fraktion und macht darüber hinaus darauf aufmerksam, dass der in vorliegender Planunterlage dargestellte räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 646 nach seiner Einschätzung weit über die Fläche hinausgeht, die nach dem seinerzeit gefassten Beschluss der Bezirksvertretung baulich umgestaltet werden sollte, um den Betrieb einer Außengastronomie zu ermöglichen. Zugleich gibt Herr Wetzel zu bedenken, dass bei diesem Gebietszuschnitt eine Vielzahl von Stellplätzen von der Planung erfasst wird. Ebenso erwarte er allein auf Grund der Größenordnung des Plangebietes nicht unwesentliche Auswirkungen auf das Erscheinungsbild des Johann-Vaillant-Platzes in seiner Gesamtheit. Da aber aus vorliegender Drucksache nicht hervorgehe, welche Überlegungen und Planungen die Verwaltung für die zukünftige Nutzung dieses Gebietes verfolge und damit für ihn wesentliche Fragen unbeantwortet seien, lehne er die von der Verwaltung vorgeschlagene Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens ab.

Herr Grote greift diese Ausführungen auf und gibt zu Protokoll, dass SPD-Fraktion, Frau Halbach, Herr Martz und Herr Störmer davon ausgehen, dass im Zuge der Durchführung des in Rede stehenden Bebauungsplanverfahrens zur Realisierung des besagten Vorhabens zu Einrichtung und Betrieb einer Außengastronomie mit dazugehörigen baulichen Anlagen über das bisher beschlossene Maß hinausgehend keine weiteren Stellplätze auf Dauer in Fortfall geraten.

Herr Korff lässt nach Aussprache über die Punkte 1 bis 3 des ergänzten Beschlussvorschlags getrennt abstimmen.

Der der Drucksache 14/1527 beigefügte Lageplan mit Kennzeichnung des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplanes Nr. 646 – Gebiet: Johann-Vaillant-Platz – wird als **Anlage 1** zur Niederschrift genommen.

Beschluss: (7 Ja, 2 Nein, 1 Enthaltung)

2. Beschluss über die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung (§ 3 Abs. 1 BauGB)

Zu dem Bebauungsplan Nr. 646 – Gebiet: Johann-Vaillant-Platz – wird die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung beschlossen.

Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit erfolgt gem. Ziffer 4.1 der Richtlinien der Stadt Remscheid über die Beteiligung der Bürger an der Bauleitplanung durch Planaushang.

Beschluss: (6 Ja, 4 Nein, 0 Enthaltungen)

Die Bezirksvertretung 2 – Süd empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Einleitung des Bebauungsplanverfahrens

Die Einleitung des Verfahrens zum Bebauungsplan Nr. 646 – Gebiet: Johann-Vaillant-Platz – wird beschlossen. Der räumliche Geltungsbereich ergibt sich aus dem als Anlage 1 beigefügten Lageplan.

Beschluss: (6 Ja, 1 Nein, 3 Enthaltungen)

Die Bezirksvertretung 2 – Süd empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen der Verhandlungen mit dem Investor zu vereinbaren, dass im Rahmen der in Rede stehenden Außengastronomie ausschließlich Bäckerei- und Konditoreierzeugnisse sowie nicht alkoholische Getränke verkauft werden dürfen.

12. Bebauungsplan Nr. 647 - Gebiet Berghauser Straße, Engelbertstraße
1. Einleitung des Bebauungsplanverfahrens
2. Beschluss über die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung (§ 3 Abs. 1 BauGB)
Vorlage: 14/1528

Herr Grote übt scharfe Kritik an den vorliegenden, aus seiner Sicht völlig unzureichenden Ausführungen der Verwaltung. So seien beispielsweise die in vorliegender Drucksache angesprochenen rechtsverbindlichen Bebauungspläne Nr. 148 und Nr. 148 a mit ihren für den räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 647 maßgeblichen Ausweisungen und Festsetzungen hier nicht beigefügt und näher erläutert, so dass man nicht nachvollziehen könne, warum die hier zitierten derzeit geltenden Baugebietsausweisungen von Mischgebiet auf der einen und Allgemeinem Wohngebiet auf der anderen Seite bestehen. Des Weiteren finde sich in vorliegender Drucksache keine Aussage darüber, welche planerischen Überlegungen die Verwaltung mit der von ihr vorgeschlagenen Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens verbindet. Ebenso fehle eine Darstellung und Beschreibung der von dem Antrag stellenden Gewerbebetrieb verfolgten Überlegungen und Planungen für die zukünftige Nutzung des in Rede stehenden Geländes.

Herr Ammelt nimmt zu den Anmerkungen Stellung und legt dar, warum die Verwaltung die Einleitung des in Rede stehenden Bebauungsplanverfahrens vorschlägt und warum sie für dieses Verfahren die dargestellte Plangebietsabgrenzung empfiehlt.

Herr Grote hält diese Information der Verwaltung für nicht ausreichend, um darauf aufbauend eine Empfehlung zur Einleitung des Bebauungsplanverfahrens Nr. 647 abzugeben. Deshalb stellt Herr Grote den Antrag, die Bezirksvertretung möge beschließen, die Beratung zu diesem Punkt zurückzustellen und zugleich die Verwaltung zu beauftragen, in einer ausführlichen schriftlichen Berichterstattung die für die Einleitung des in Rede stehenden Bauleitplanverfahrens maßgeblichen Hintergründe und Kriterien aufzuzeigen und die im Verlauf der Aussprache aufgeworfenen Fragen zu beantworten. So möge die Verwaltung die rechtlichen Grundlagen erläutern sowie ihre mit dieser Bauleitplanung verbundenen fachlichen Zielvorstellungen darlegen und hierbei auch auf die Überlegungen und Planungen des die Aufstellung des Bebauungsplanes beantragenden Gewerbebetriebes näher eingehen.

Herr Korff schlägt der Verwaltung ergänzend vor, in dieser Angelegenheit vielleicht auch schon im Vorfeld der kommenden Sitzung der Bezirksvertretung ein informelles Vorgespräch anzuberaumen und hierzu den Bezirksbürgermeister, seinen Stellvertreter sowie jeweils den Vertreter der in der Bezirksvertretung vertretenen Fraktionen und Parteien einzuladen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 10 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Die Beratung zur Drucksache

- 14/1528
Bebauungsplan Nr. 647 - Gebiet Berghauser Straße, Engelbertstraße
 1. Einleitung des Bebauungsplanverfahrens
 2. Beschluss über die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung (§ 3 Abs. 1 BauGB)

wird zurückgestellt, verbunden mit dem Auftrag an die Verwaltung, in einer ausführlichen schriftlichen Berichterstattung die für die Einleitung des in Rede stehenden Bauleitplanverfahrens maßgeblichen Hintergründe und Kriterien aufzuzeigen und die im Verlauf der Aussprache aufgeworfenen Fragen zu beantworten. So möge die Verwaltung die rechtlichen Grundlagen erläutern sowie ihre mit dieser Bauleitplanung verbundenen fachlichen Zielvorstellungen darlegen und hierbei auch auf die Überlegungen und Planungen des die Aufstellung des Bebauungsplanes beantragenden Gewerbebetriebes näher eingehen.

13. Handlungsprogramm Wohnen
Vorlage: 14/1534

(zurückgestellt !)

14. Strategische Ausrichtung der räumlichen Entwicklungsplanung sowie Übersicht über die aktuellen Planungsprojekte des Zentraldienstes 0.12 (Stadtentwicklung und Wirtschaft) und des Fachdienstes 3.63 (Bauordnung und Bauleitplanung)
Vorlage: 14/1505

(zurückgestellt !)

15. BP 640 Gebiet: Erich-Thienes-Straße (vereinfachtes Verfahren)

- 1. Verzicht auf frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß §§ 3 und 13 BauGB**
- 2. Verzicht auf frühzeitige Behördenbeteiligung gemäß §§ 4 und 13 BauGB**
- 3. Aufstellungsbeschluss gemäß §§ 2 (1) und 13 (1) BauGB**
- 4. Offenlagebeschluss gemäß §§ 3 und 13 BauGB**

Vorlage: 14/1396

Herr Wetzel nimmt Bezug auf die bereits in früherer Sitzung geführte Beratung über die Einleitung des hier angesprochenen Bebauungsplanverfahrens und bemängelt, dass der seinerzeit vorgetragene Wunsch nach Beibehaltung des im Plangebiet verlaufenden Weges von der Verwaltung nicht berücksichtigt worden sei.

Herr Wilke schließt sich dem an und legt ausdrücklich Wert darauf, dass die in Rede stehende Wegebeziehung weiterhin erhalten bleibt und im Bebauungsplan festgeschrieben wird.

Frau Strüwe-Rosenbaum nimmt zu den Ausführungen Stellung und stellt Hintergründe und Ziele der in Rede stehenden Bauleitplanung noch einmal zusammenfassend dar. Hierbei geht Frau Strüwe-Rosenbaum insbesondere auf die angesprochene Thematik der Wegeführung näher ein und zeigt im Einzelnen auf, warum die Verwaltung einer Festsetzung der hier angesprochenen, zurzeit nicht öffentlichen Wegefläche im Bebauungsplan ablehnend gegenübersteht. In diesem Zusammenhang macht Frau Strüwe-Rosenbaum deutlich, dass es den Eigentümern der betroffenen Grundstücke unbenommen bleibe, das Begehen des Geländes durch Dritte auch weiterhin zu dulden.

Herr Korff lässt nach Aussprache über die Punkte 1 und 2 bis 4 des Beschlussentwurfs getrennt abstimmen.

Die der Drucksache 14/1396 beigefügten Anlagen – die sind der Bebauungsplan Nr. 329 A – Gebiet: südwestlich der Baisieper Straße, der Bebauungsplanentwurf Nr. 640 – Gebiet: Erich-Thienes-Straße sowie die Entwurfsbegründung zum Bebauungsplan Nr. 640 – werden als **Anlage 2** zur Niederschrift genommen.

Beschluss: (9 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen)

1. Verzicht auf frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 (1) Nr. 1, § 13 Abs. 2 BauGB

Auf die Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung zum Bebauungsplan 640 wird verzichtet. Da mit der Aufstellung des Bebauungsplans 640 die Grundzüge der Planung zum BP 329 A nicht berührt werden und die Planung sich nicht auf das Plangebiet selbst und seine Nachbargebiete auswirkt, kann hier so verfahren werden.

Beschluss: (9 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen)

Die Bezirksvertretung 2 – Süd empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss, folgenden Beschluss zu fassen:

2. Verzicht auf frühzeitige Behörden- und Trägerbeteiligung gemäß § 4 und § 13 BauGB

Auf die Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange zum Bebauungsplan 640 wird verzichtet. Da mit der Aufstellung des Bebauungsplans 640 die Grundzüge der Planung zum BP 329 A nicht berührt werden und die Planung sich nicht auf das Plangebiet selbst und seine Nachbargebiete auswirkt, kann hier so verfahren werden.

3. Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 (1) und § 13 BauGB

Für den Bebauungsplan 640 Gebiet: Erich-Thienes-Straße wird der Aufstellungsbeschluss gefasst. Der räumliche Geltungsbereich ist aus der in der Anlage beigefügten Plangrundlage zu entnehmen.

Die Aufstellung des Bebauungsplans 640 erfolgt im vereinfachten Verfahren. Mit der Aufstellung dieses Bebauungsplans sollen folgende städtebauliche Ziele festgeschrieben werden:

Aufhebung der derzeitigen planungsrechtlich festgesetzten Nutzung öffentliche Grünfläche mit der Zweckbestimmung Kinderspielplatz der Kategorie C, stattdessen Festsetzung im Rahmen der Umsetzung des rechtswirksamen FNP, Landwirtschaftliche Nutzfläche mit dem Hinweis Landschaftsschutzgebiet.

Ortsüblich bekannt gemacht werden sollen:

- Der Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 640 gemäß § 2 (1) BauGB,
- der Hinweis, dass der Bebauungsplan Nr. 640 gemäß § 13 BauGB im vereinfachten Verfahren ohne Durchführung einer Umweltprüfung aufgestellt werden soll,
- sowie den Hinweis, wo sich die Öffentlichkeit über die Planung informieren kann und dass sie sich innerhalb einer bestimmten Frist zur Planung äußern kann.

4. Offenlagebeschluss gemäß § 3 (2) und § 13 BauGB

Der Entwurf des Bebauungsplans 640 Gebiet: Erich-Thienes-Straße wird mit der Entwurfsbegründung (siehe Anlage) für die Dauer eines Monats öffentlich ausgelegt.

Ortsüblich bekannt zu machen sind:

- der Offenlagebeschluss zum Bebauungsplan 640
- Ort und Dauer der Auslegung
- der Hinweis, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist abgegeben werden können und das nicht fristgerecht abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung des Bebauungsplans unberücksichtigt bleiben können.
- und dass ein Antrag nach § 47 der Verwaltungsgerichtsordnung unzulässig ist, soweit mit ihm Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht werden können.

16. Beschluss über den Mehr- und Minderausbau der öffentlichen Verkehrsfläche im Bereich des Bebauungsplanes 327 – Baisieper Straße, Baisieper Hof, Struck-, gem. § 125 (3) Nr. 1 und 2 BauGB Vorlage: 14/1400

Die der Drucksache 14/1400 beigefügten Anlagen – dies sind ein Lageplan mit Kennzeichnung des Standortes im Stadtgebiet, ein Auszug aus dem Bebauungsplan Nr. 327 sowie ein weiterer Lageplan mit Kennzeichnung der von einem Mehr- und Minderausbau im Bereich des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes Nr. 327 betroffenen öffentlichen Verkehrsflächen – werden als **Anlage 3** zur Niederschrift genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 10 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Die Bezirksvertretung 2 - Süd empfiehlt dem Rat der Stadt, folgenden Beschluss zu fassen:

Der abweichende Ausbau (Mehr- und Minderausbau) der öffentlichen Verkehrsfläche im Bereich des rechtsverbindlichen Bebauungsplanes 327 wird entsprechend der in der Anlage dargestellten Form gemäß § 125 (3) Nr.1 und 2 BauGB beschlossen.

**17. Beschluss über den Minder- und Mehrausbau der öffentlichen Verkehrsflächen im Bereich des Fluchtlinienplanes Nr. 41 - Lobach-Dicke Eiche - gem. § 125 (3) Nr. 1 und 2 BauGB
Vorlage: 14/1508**

Die der Drucksache 14/1508 beigefügten Anlagen – dies sind ein Lageplan mit Kennzeichnung des Standortes im Stadtgebiet, ein Auszug aus dem Fluchtlinienplan Nr. 41 sowie ein weiterer Lageplan mit Kennzeichnung der von einem Minder- und Mehrausbau der im Bereich des rechtsverbindlichen Fluchtlinienplanes Nr. 41 – Lobach-Dicke Eiche – betroffenen öffentlichen Verkehrsflächen – werden als **Anlage 4** zur Niederschrift genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 10 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Die Bezirksvertretung 2 - Süd empfiehlt dem Rat der Stadt, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Minder- und Mehrausbau der öffentlichen Verkehrsfläche im Bereich des rechtsverbindlichen Fluchtlinienplanes Nr. 41 – Lobach-Dicke Eiche - wird entsprechend der in der Anlage dargestellten Form gemäß § 125 (3) Nr. 1 und 2 BauGB beschlossen.

**18. Parksituation in der Straße Am Wiesenhang
Vorlage: 14/1542**

Herr Wilke sieht die seinerzeit aufgeworfene Frage, wie die Verwaltung die Verkehrssituation bei winterlichen Straßenverhältnissen aus fachlicher Sicht beurteilt und bewertet und mit welchen Maßnahmen sie dann den Verkehrsfluss aufrechterhalten wolle, noch nicht hinreichend beantwortet. So sei die Verwaltung beispielsweise noch nicht darauf eingegangen, wie der Schneesräumdienst in dieser recht schmalen Straße zukünftig organisiert, wo zum Beispiel der Schnee bei starken Schneefällen gelagert werden soll.

Herr Wilke bittet die Verwaltung, auf diese Problematik in einer ergänzenden Stellungnahme noch näher einzugehen.

Die Bezirksvertretung nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

**19. Einmündungsbereich der Straßen Am Wiesenhang / Strucker Hang / Stop-
pelfeld
Vorlage: 14/1389**

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

**20. Umbau der Haltestelle "Zentralpunkt" Bussteig C
Vorlage: 14/1325**

Herr Korff lässt nach Aussprache über den Beschlussentwurf abstimmen.

Der der Drucksache 14/1325 beigefügte Lageplan mit zeichnerischer Darstellung der geplanten Maßnahmen zum Umbau des Bussteigs C der Haltestelle Zentralpunkt wird als **Anlage 5** zur Niederschrift genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 10 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Bussteig C an der Haltestelle Zentralpunkt wird gemäß anliegendem Lageplan umgebaut und aus Gründen der Barrierefreiheit mit Buskapsteinen und Blindenleitplatten versehen.

**21. Aufstellung von Bewegungs-/Fitnessgeräten im Rahmen der Herstellung
der Grünanlage/Spielplatz Konsumterrassen
Vorlage: 14/1482**

Die der Drucksache 14/1482 beigefügten Anlagen – dies sind Abbildungen der zur Aufstellung vorgeschlagenen Bewegungs- und Fitnessgeräte sowie ein Lageplan mit Kennzeichnung der für die Aufstellung besagter Geräte vorgesehenen Flächen – werden als **Anlage 6** zur Niederschrift genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 10 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Der Aufstellung der Bewegungs-/Fitnessgeräte, gemäß der in der Anlage enthaltener Geräteauswahl und Lageplandarstellung, wird zugestimmt.

**22. Anfrage von Herrn Grote in der Sitzung der Bezirksvertretung Süd am 19.10.2011
- Baum im Verkehrskreisel Hohenhagener Straße
Vorlage: 14/1526**

Herr Schabla nimmt den aktuell erörterten Sachverhalt zum Anlass und stellt die Grundsatzfrage in den Raum, ob es nicht vielleicht möglich ist, dem Beispiel aus den Nachbargemeinden folgend einmal den Versuch zu unternehmen, auch in Remscheid ein ortsansässiges Unternehmen als Sponsor für die Gestaltung des Innenraumes eines Verkehrskreisels beispielsweise mit einem Firmenemblem zu gewinnen.

Herr Korff greift diese Anregung auf und weist hier auf die Schwierigkeiten hin, die man – so seine persönliche Erfahrung – bei der Suche nach geeigneten Sponsoren überwinden müsse.

Die Bezirksvertretung nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

**23. Baumentfernungen im Stadtbezirk Süd
Entfernungen im III. und IV. Quartal 2011
Vorlage: 14/1489**

Herr Wetzel stellt die Frage, ob es möglich ist, in den Quartalsberichten der Verwaltung über erfolgte Baumentfernungen auch die Bäume mit aufzunehmen, die auf Privatgrund gestanden haben.

Herr Korff merkt hierzu an, dass die Bezirksvertretung die Verwaltung – so seine Erinnerung – bereits in früherer Sitzung gebeten habe, über die in einem Jahr entfernten und angepflanzten Bäume im Stadtbezirk in Form einer Jahresbilanz Bericht zu erstatten. Diesem Bericht seien dann nach seinem Verständnis auch die nachgefragten Daten zu entnehmen.

Herr Buchwald bestätigt diese Ausführungen und macht noch einmal deutlich, dass sich die vorliegende Drucksache ausschließlich mit so genannten Gefahrenbäumen befasse.

Die Bezirksvertretung nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

24. Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gem. §§ 60 Abs. 1 und 36 Abs. 5 GO NRW

**24.1. Weihnachtspresente für die Seniorentreffs im Stadtbezirk 2 - Süd
Vorlage: 14/1368**

Abstimmungsergebnis:

Ja 10 Nein 0 Enthaltungen 0

Beschluss:

Nachfolgende Dringlichkeitsentscheidung wird genehmigt:

Gemäß § 36 Abs. 5 Gemeindeordnung NRW wird wie folgt entschieden:

Den Begegnungs- und Beratungszentren Stadtteilbüro Rosenhügel und Gemeinde- und Stadtteilzentrum „Die Esche“ sowie dem Seniorentreff Süd wird zu ihren diesjährigen Weihnachtsfeiern der Seniorinnen und Senioren

jeweils ein Präsent im Wert von 55,00 €

überreicht.

Remscheid, den 17.11.2011

gez. _____
Korff
(Bezirksbürgermeister)

gez. _____
Rehbein
(Stellv. Bezirksbürgermeister)

gez. _____
Wilhelm Korff
Bezirksbürgermeister

gez. _____
Hans-Ulrich Dattner
Geschäftsführer